№ 232
A 99
Morgen-Ausgabe
Berlin
Freitag, 18. Mai 1923
250 Mark
Gegründet 1704

Vossische Zeitung

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal; Sonntags mit der illustrierten Beilage „Zeitbilder" Sonstige Beilagen Finanz- und Handelsblatt mit Kurszettel der Berliner Börse und amerikanischem Funkdienst, Umschau in Technik und Wirtschaft, Literarische Umschau, Recht und Leben, Turnen-Sport-Spiel, Für Reise und Wanderung.

Bezugspreis für Mai 7000 M. bei Zustellung durch eigene Boten. Durch die Post 8000 M. Unter Streifband 9500 Mark im Inland Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigen: 500 Mark die mm-Zeile. Familienanzeigen 140 Mark netto die mm-Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmte Nummer.

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn d Handelst.): Jul Elbau. Berlin Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstr. 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Dönhoff 3600 — 3663, für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686 — 3693. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Curzons Verhandlungen mit Krassin.

Mehrstündige Unterredung.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung".

wbe **London**, 17. Mai.

Heute vormittag hatte Krassin eine mehrstündige Unterredung mit Lord Curzon und den beiden Staatssekretären im Auswärtigen Amt.

Auf Grund eines gegenseitigen Versprechens werden die englischen Behörden und die russische Handelsdelegation über den Inhalt und das Ergebnis dieser Unterredung der Oeffentlichkeit nichts mitteilen.

Nach diesen Meldungen soll Krassin mit einem Krieg Moskaus gegen die Randstaaten gedroht haben, wenn England nicht bereit sein würde, nachzugeben. Was Krassin tatsächlich gesagt, war ungefähr das Gegenteil. Er hat nämlich in sachlicher, ruhiger Sprache darauf hingewiesen, daß ein Abbruch der Handelsbeziehungen und somit überhaupt aller Beziehungen zu England geeignet sei, alle kriegerischen Elemente in den Randstaaten zu ermutigen, unerledigte Konflikte mit Rußland durch Kriegsdrohungen zu ihren Gunsten zu entscheiden.

In der heutigen Sitzung des Unterhauses stellte ein liberales Mitglied die Frage, ob während der Vertagung des Parlaments bis zum 28. Mai kein Abbruch der Handelsbeziehungen mit Rußland erfolgen werde. Der Schatzkanzler erklärte, daß er nicht in der Lage sei, eine solche Versicherung zu geben.

Der Unterstaatssekretär des Auswärtigen Amts erklärte, daß Krassin auf Grund seiner Unterredung mit Lord Curzon in Moskau anfragen werde, ob ihm gestattet sei, den englischen Forderungen sachlich zuzustimmen. Wenn Krassin diese Zustimmung nicht erhalten sollte, so müßte die englische Handelsdelegation Moskau verlassen. Der Schatzkanzler ergänzte diese Mitteilung durch die Feststellung, daß die englische Regierung verfassungsrechtlich in der Lage sei, ohne Befragung des Parlaments während der Ferien darüber zu entscheiden, ob sie den Handelsvertrag mit Rußland aufrecht erhalten wolle. Er hoffe aber, die englische Forderung werde in eindeutiger Weise und in vollem Umfange von Moskau erfüllt werden, so daß ein vollständiger Abbruch der Beziehungen nicht notwendig sein würde.

Bonar Laws Pariser Aufenthalt.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung".

wf **Paris**, 17. Mai.

Bonar Law hat Poincaré bis jetzt laut amtlicher Auskunft keinen Besuch abgestattet. Offiziös wurde heute abend erklärt, es sei noch nicht bestimmt, ob und wann der englische Premierminister seinen französischen Kollegen besuchen werde.

Seit heute morgen weilt Lord Beaverbrook, der Besitzer des „Daily Expreß", hier bei Bonar Law, zu dessen politischen Intimen er gehört. In französischen unterrichteten Kreisen wird versichert, der Lord sei nach Paris gekommen, um über Fragen der englischen inneren Politik mit Bonar Law zu sprechen. Es soll sich dabei hauptsächlich um die Frage handeln, ob Bonar Law, dessen Leiden anscheinend sehr ernst ist, Premierminister bleiben kann. Wahrscheinlich ist das Gutachten der Aerzte, die von Bonar Law hierfür konsultiert werden, für die Entscheidung ausschlaggebend. In manchen Kreisen wird die Reise Lord Beaverbrook, der an Unternehmen im Orient interessiert sein soll, damit in Zusammenhang gebracht, daß der türkische Finanzminister sich von Lausanne nach Paris begeben wird. Als Hauptzweck der Pariser Reise des Lords wird aber allgemein die innerpolitische Aussprache mit Bonar Law bezeichnet.

Poincaré legt Rechenschaft ab.

Die Kosten der Ruhraktion.

Drahtmeldungen der „Vossischen Zeitung".

wf **Paris**, 17. Mai.

Poincaré und der Finanzminister de Lasteyrie haben heute nachmittag in einer gemeinsamen Sitzung der Kammerausschüsse für äußere Angelegenheiten und der Finanzen Erklärungen über die Kredite für die Ruhraktion gemacht.

Finanzminister de Lasteyrie „berichtigte" die Angaben Poincarés durch Vorlegung von Zahlen. Er rechnete den Teilnehmern an der Sitzung detailliert vor, daß die im Besetzungsgebiet erzielten Einnahmen verschiedener Art ungefähr ebenso hoch wie die Kosten der Aktion seien. Der Finanzminister mußte dann aber anscheinend auf Zwischenfragen hin zugeben, daß Frankreich die Kosten der Aktion, wie die von der Regierung geforderten Kredite beweisen, aus der eigenen Tasche zahlen müsse, während die Einnahmen an die allgemeine Reparationskasse abgeführt werden und also auch den der Aktion ferngebliebenen Verbündeten zugute kommen. Diese Feststellung scheint lebhafte Enttäuschung hervorgerufen zu haben, obgleich die Tatsache längst bekannt war.

Während der Sitzung kam es zu einem Zusammenstoß zwischen Poincaré und dem kommunistischen Abgeordneten Berthon. Dieser fragte, warum Poincaré den Kommunisten nicht erlaubt habe, eine Untersuchungskommission ins Ruhrgebiet zu schicken. Poincaré erwiderte: „Stellen Sie diese Frage in öffentlicher Sitzung, dann werde ich antworten." Berthon rief weiter, die in Untersuchungshaft befindlichen Kommunisten, darunter der Deutsche Höllein, seien infolge ihres Hungerstreiks in Lebensgefahr. Poincaré gab darauf zurück: „Warum essen sie nicht, was man ihnen vorsetzt?"

* **Paris**, 17. Mai.

Ueber die Sitzung der vereinigten Finanzkommission und der Kommission des Auswärtigen der französischen Kammer wurde heute abend folgendes Kommuniqué ausgegeben:

Die Finanzkommission und die Finanzkommission der auswärtigen Angelegenheiten haben den Ministerpräsidenten Poincaré, den Finanzminister, den Minister der öffentlichen Arbeiten, den Kriegsminister und den Wiederaufbauminister über die Resultate der Ruhrbesetzung angehört. Poincaré erklärte, daß am 1. Mai die Höhe der militärischen Ausgaben der Okkupation unter Abzug der Kosten, die entstanden wären, wenn die Truppen im Innern Frankreichs stationiert geblieben wären, sich auf 61 Millionen Franken beliefen. Die Ausgaben für die Zivilverwaltung beliefen sich auf 2 650 000, so die Totalsumme der Kosten der Ruhrokkupation sich auf 62 6[illegible]00 Franken belaufen.

Was die Einnahmen anlange, so zerfallen sie, wie Poincaré weiter ausführte, in zwei Teile, die „eigentlichen" Einnahmen, nämlich aus Zöllen, Lizenzen, aus Forsten und Strafgeldern, belaufen sich auf ungefähr 36 Millionen. Hinzufügen seien die Einnahmen aus Naturallieferungen, meistens Kohle und Koks, in Höhe von 36 680 000 Franken. Zu diesem Punkt erklärte Poincaré, daß die Qualität der beförderten Kohlen „stets zunehmen", und daß speziell die Versorgung der französischen Metallindustrie mit Koks bis Ende August sichergestellt sei.

Weiter erklärte der Ministerpräsident, man müsse bedenken, daß mit der Abführung von Kohle und Koks erst Mitte März begonnen worden sei. Die Resultate seien also befriedigend und ersetzten gegenwärtig „in fühlbarem Maße" die Ausgaben der Okkupation.

Auf die Frage der franko-belgischen Eisenbahnregie übergehend, erklärte Poincaré, daß diese Regie die Priorität der militärischen, Kohlen- und Kokstransporte sichere. Auch gewöhnliche Handelstransporte würden von ihr vorgenommen, aber nur im Bereich des Möglichen. Die Zahl der zurückgelegten Kilometer habe am 18. März 31 000 betragen und sei Anfang Mai auf 50 000 gestiegen.

Weiter führte Poincaré aus, daß Frankreich **jetzt imstande sei, die Okkupation solange auszudehnen, als es „nötig" sein werde.** Wenn diese Okkupation heute noch keinen einträglichen Charakter habe, so übe sie aber „stets leichter und wirksamer" den Koerzitions-Cher ihrer aus.

Er erneuerte dann die Erklärung vom 28. März die er vor der Finanzkommission gemacht hatte, nach welcher Frankreich und Belgien die Ruhr nur nach Maßgabe der deutschen Zahlungen räumen würden.

Antwortlich einer Frage des Deputierten Auriol wiederholte Poincaré seine früheren Erklärungen bezüglich der Aufrechterhaltung des französischen Guthabens in dem Umfang, wie es die Ueberweisungen in London festgesetzt hätten. **Von einer Erleichterung der deutschen Schuld könne nur auf einer Basis der Kompensation der interalliierten Schulden die Rede sein.**

Der Deputierte Reynaud fragte dann, ob die Frage der Okkupation der Ruhr an die Frage der Sicherheit Frankreichs gebunden sei. Poincaré verneinte und erklärte, daß **das linke Rheinufer genüge, um die Sicherheit Frankreichs zu garantieren.**

(Siehe auch vierte Seite.)

Paulskirche.

Von

Dr. Willy Hellpach,

badischem Minister des Kultus und Unterrichts.

Warum feiern wir den Gedenktag der Paulskirche? Bedeutet diese geschichtliche Erinnerung ein politisches Vermächtnis für uns Heutige? Denn nur dann haben wir ein Recht auf Feier. Nicht darum — und heute am allerwenigsten darum — weil der Termin im Kalender fällig ist.

Seien wir ehrlich: 1848 ist für uns nur sehr begrenzt lebendig. Es bedeutet uns weniger als die Wiedergeburtszeit mit den Befreiungskriegen. In jedem Betracht. Was von 1806 bis (ungefähr) 1823 sich zugetragen hat, ist eine tieferschütternde, tiefaufwühlende nationale Tragödie, in ihren sittlichen und politischen Gehalten heute lebensvoller denn je zuvor. Daneben mutet das „falle Jahr" wie ein bürgerliches Trauerspiel an, und es fehlt ihm nicht einmal an tragikomischen Zügen. Keiner seiner rollenführenden Männer ist uns mehr wirklich gegenwärtig; wie aber leben uns wieder die Stein und Arndt, die Scharnhorst und Jahn und Gneisenau! Dennoch hinterläßt die schwächere Zeit dem heutigen Geschlecht zwei ernste Lehren — eine Warnung und eine Mahnung, und beide bedeuten Verpflichtungen, denen wir am Feiertage der Paulskirche ins Auge blicken sollten.

*

Eine Warnung: Politische Schöpfung gibt es nicht ohne Macht. Der wahrhaft tragische Zug im paulskirchlichen Geschehen ist das Zerbrechen eines hochgespannten idealen Wollens an der Machtlosigkeit. Wenn Programme, Reden und Beschlüsse ein Reich zu gründen vermöchten, herrlicher hätte sein Reich sein können als jenes, das die Nation von 1848 ihrer Nation bauen wollten. Doch in der Realität der Politik (genau wie in derjenigen der Medizin, der Technik, der Rechtsprechung) bleiben die schöpfungsmöglichsten Gesinnungen und Entwürfe unwirksam ohne das Instrument einer geordneten physischen Gewalt. Merkt ihr, wo die verhängnisvollste Irrung in der dunklen Wende von 1918 auf 1919 lag? Begreift ihr, wodurch das Rußland von heute dem jungen, erwachenden Deutschland ein Hort eigener Zukunft scheint? Seine leitenden Männer, so grauenvolles sie geplant und gewirkt, an das Eine haben sie betzeiten gedacht, daß sie ein verläßliches Machtwerkzeug in Händen haben müßten, wenn es wieder eine russische Zukunft geben solle. Diese ewige Weisheit aller politischen Geschichte ist ihnen keine Stunde lang entschwunden. Und erst wenn unsere junge deutsche Demokratie dieser Weisheit wieder ins Gesicht zu schauen wagt, kann ihre staatsschöpferische Epoche anheben.

Ebenso eindringlich freilich predigt uns 1848, daß nur geordnete, nur durch Staatsautorität gelenkte Gewalt ein schöpferisches Machtinstrument vorstellt. Wie jammervoll sind die irregulären Bandenerhebungen jener Zeit in sich zusammengebrochen! Und wahrlich, sind im heutigen Deutschland, ja im heutigen Europa die Leute nicht allzu zahlreich, denen man diese Lehre ins Gemüt schreiben sollte? Guerilla schafft kein neues Leben und keine wahrhafte, beständige Freiheit. Blut und Eisen, die beiden düsteren Geburtshelfer der geschichtlichen Schöpfungen, vermögen ihr produktives Werk nur im Rahmen des Gesetzes, nicht in der Willkür der Gesetzlosigkeit zu verrichten.

*

Eine Mahnung: Dreiviertel Jahrhunderte sind seit der Paulskirche vergangen, und noch immer lebt das großdeutsche Reich nicht. Zwar stammt die Idee des „ganzen Deutschland" nicht von 1848, sondern von den Denkern der Wiedergeburt. Aber sie ward damals erdrückt durch die tiefnische negative Aufgabe, die erst vollendet werden mußte, die Abschüttelung der Fremdherrschaft; und ehe der Einheitstraum im Frühlingsföhn der äußeren Freiheit als Wirklichkeit aufreifen konnte, begrub ihn der Matrost des Wiener Kongresses, des Tallerandschen und Metternichschen Europa und der heilig alliierten Reaktion. Erst 1848 ist das großdeutsche Reich als das politische Ideal der deutschen Nation planvoll konzipiert — freilich nicht zur Welt gebracht worden.

Wie lange bis zu seiner Verwirklichung es auch heute und morgen noch währen mag — nie wieder darf das deutsche Volkstum von der großdeutschen Idee bewußt sich abkehren oder gedankenlos abfallen. Das kleindeutsche Reich hat die große geschichtliche Bewährungsprobe nicht bestanden. Und eine distanzierte Betrachtung wird eines Tags vielleicht erkennen lassen, daß es in den kleindeutschen Daseinsbedingungen wesentlich mitbegründet war, wenn die Deutschen zwischen 1914 und 1918 versagen mußten. Die deutsche Demokratie der Gegenwart vollends wäre durch sich selber zum politischen Tode verurteilt, wollte sie sich wiederum dabei bescheiden, das alte Ideal als bequeme Reliquie in den Blaschkamt der politischen guten Stube zu stellen. Symbol verpflichten — mit zwingender Kraft! Und die so rot-rot-goldene